



Tönnies & Amthor

Von Thomas Gsella

Ein Grobgeist & ein Feingeist,
Ein Täter & ein Denker
Vereint im schönsten Kleingeist:
Wie werd ich reich, zum Henker?

Ein Trickser & ein Killer
(Nein, nicht von seinesgleichen),
Ein Goethe & ein Schiller
(Die Zeile bitte streichen),

Zwei Männchen, kein Gedanke,
Von gleichem Schrot und Saft:
Zwei richtig, richtig Kranke
Der falschen Marktwirtschaft.



Es ist so weit:

Auch in Deutschland wird seit dem 27. Dezember gegen das Coronavirus geimpft. Es könnte ein Wendepunkt im Kampf gegen die Pandemie sein – bei uns und weltweit. In einer Situation begrenzter Kapazitäten ist es sicher richtig, die verletzlichsten Gruppen zuerst zu schützen: die Alten, die Pflegebedürftigen sowie all diejenigen, die in ihrem Job täglich gegen die Krankheit kämpfen, etwa Ärzte, Krankenschwestern und Rettungssanitäter. Doch man muss auch die zynische Wahrheit hinter diesem Erfolg aussprechen: Unser aller Leid ist ein Geschäft für die Pharmafirmen.

Mit Steuern finanzieren, privat kassieren?

Denn obwohl der Großteil der aussichtsreichen Impfstoffe mit öffentlichem Geld entwickelt wurde, sind die Patente darauf privates Eigentum der herstellenden Unternehmen, die mit diesen lebenswichtigen Gütern Milliarden Gewinne einfahren. Und damit dürfte wieder einmal die globale Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben: Die Menschen in den ärmeren Ländern werden sich die teuren Lizenzen kaum leisten können und sich darum am hintersten Ende der Impfstoffkette einreihen müssen, während die Pharmafirmen weder die Patente freigeben noch selbst ausreichend Produktionskapazitäten haben, um die ganze Welt schnell zu versorgen. Oxfam stellt fest:

Neun von zehn Menschen in den 70 ärmsten Ländern werden 2021 nicht geimpft werden können,

weil sich die reichen Länder schon jetzt über die Hälfte der weltweiten Impfstoffproduktion gesichert haben – obwohl sie gerade einmal 14 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Wie richtig und wichtig ist da die Forderung der People's Vaccine Alliance, ein Zusammenschluss der Organisationen Oxfam, Amnesty International, Global Justice Now und des Yunus Centre:

Gebt die Patente frei!

Verkauft den Impfstoff zum Selbstkostenpreis und verteilt ihn bedarfsgerecht an alle. Die

Entwicklung der Impfstoffe gehört in öffentliche Hände und die Verteilung muss fair geregelt sein. Denn Medikamente sind kein Geschäft für Markt und Profit, sondern ein Menschenrecht – bei uns wie in den ärmeren Teilen unserer Welt.



Statt 300 Neueinstellungen 150 Arbeitsplätze weniger

Rückabwicklung fällig

Wir hatten berichtet: Beiersdorf wird am Stadtrand von Leipzig auf mehr als 22 Hektar Weideland ein großes Werk bauen. Groß genug, um die Standorte Waldheim, Berlin und Hamburg zusammenzuführen. Autobahnanschluss und Großflughafen inklusive und schwer mit Steuergeld gepampert.

Dort, im Vorort Seeheim, sollen nach Insiderberichten in Zukunft mit bis zu 1000 Beschäftigten die Herstellung von Kosmetik, Körperpflegeprodukten und waschaktiven Substanzen konzentriert werden. Aber bezüglich Leipzig habe sich bisher nichts getan, schrieben wir noch im Sommer letzten Jahres, außer ungunstigen Erwartungen. Wir müssen korrigieren: Eine „Kleine Anfrage“ der Linken brachte es an den Tag: Die

Beiersdorfproduktion in Eimsbüttel schrumpft,

denn die Aerosol-Produktion (Sprays) geht nach Leipzig, 150 Arbeitsplätze werden „sozialverträglich“ abgebaut. In der Verkaufsbegründung des Senats hatte es eindeutig geheißen: Nur wenn Beiersdorf zusätzliche Betriebsflächen benötige, werde man „die grüne Lunge Lokstedts“ in Anspruch nehmen. und passend dazu kündigte man 300 zusätzliche Arbeitsplätze an. Selbst wenn das zuträfe, wären das aber ausschließlich Arbeitsplätze „in Labor und Forschung“, denn auch die Verwaltung und entsprechende Büroflächen sollen schrumpfen und die neue Firmenzentrale habe man schon auf zukünftiges Wachstum ausgelegt.

Verkaufsbegründung reiner Schwindel,

Die Hergabe von über 12 Hektar öffentlichem Gartenland mit mehr als 300 Schrebergärten durch den Scholz-Senat an die Beiersdorf AG entbehrt damit jeder Grundlage. Ein Schwindel gegenüber den Eimsbüttler Bürgern und den Schrebergärtnern als auch gegenüber den Abgeordneten der Bürgerschaft und des Bezirks. Vor allem aber gegenüber den Beschäftigten in der Hamburger Produktion von Beiersdorf in Werk 3, die nun absehbar eine lange Zeit der Unsicherheit erwartet. Das alles legt die Rückabwicklung des Verkaufs der „Grünen Lunge Lokstedts“ nahe. Um so mehr als vom ersten Tag an der Verdacht bestand, dass es Beiersdorf um nichts anderes geht als um Immobilienspekulation. Denn als Baugrund ergibt eine Überschlagsrechnung für die erworbene Fläche schon heute einen

Spekulationsgewinn von 100 Millionen Euro.

Übrigens: Die Grünen haben dem Verkauf von Lokstedts grüner Lunge zugestimmt. Nach allen Erfahrungen würde diese Partei auch einen absehbaren Bauantrag der Beiersdorf AG durchgehen lassen. Ihre Zustimmung bedarf erfahrungsgemäß keiner plausiblen Begründung. Die Absichtserklärungen von Spekulanten und das Winken mit Arbeitsplätzen tun es allemal.

Und betreffs Trinkgeld: Beiersdorf zahlte für die 124 000 Quadratmeter mitten in Eimsbüttel 35 Millionen Euro. Allein der ausgeschiedene Vorstandsvorsitzende Heydenreich bekam laut Abendblatt bei seinem kürzlichen Abgang eine „Bonuszahlung“ von 29 Millionen Euro, zusätzlich zu einer Abfindung in unbekannter Höhe.



Sie nennen es „Julius Vosseler Gärten“. Das war einmal, bevor es wurde was es ist:

Ein Millionärsquartier mit null Sozialwohnungen

Die 34 Kleingärten sind Geschichte, ein guter Teil der grünen Lunge Eimsbüttels ist nun unter geschätzten 134 000 Tonnen Beton begraben. Es entstand ein Millionärsquartier mit null Sozialwohnungen.



160 Quadratmeter für 1,2 Millionen Euro

Zug um Zug geht die Stadt in Privateigentum über. Und zunehmend wird Immobilienhändlern, Investoren und Privatanlegern auch gleich die Stadtplanung überlassen, denn die bezirklichen Planungsabteilungen sind ähnlich unterbesetzt wie die Intensivstationen der Krankenhäuser. In unserem Fall sind es der Investor Quantum und das Bauunternehmen Ditting, die sich am Lenzweg einen Teil des Eimsbüttler Stadtparks unter den Nagel reißen konnten. Nun sind sie fast fertig mit ihren „Objekten im hochpreisigen Segment“.

Die Geschichte könnte in Palermo spielen

nur Hauptdarsteller sind nicht die Freunde der Camorra, sondern sind der Vertragspartner Senat, die Politiker der Bürgerschaft und des Bezirks und die genannten Immobilienhaie. Weitere Zutaten: Eine Genossenschaft lässt ihre Häuser verrotten, der geplante Neubau an dieser Stelle entfällt, denn ein großer Immobilienhai möchte die Genossenschaft an anderer Stelle als soziales Alibi mit ins Boot nehmen. Auch ein ansonsten wertloses

Ausweichgrundstück aus Kirchenbesitz steht als Kompensation für die Schrebergärtner bereit und ermöglicht den Quantumaktionären ein reibungsloses Tauschgeschäft. Ein kompetenzfreies Bezirksparlament nickt den Plan ab, die Betroffenen dürfen auf einer Bürgerversammlung Dampf ablassen und Mieter der Hochhaussiedlung am Lenzweg und Nachbarn ziehen die Arschkarte. Sie verlieren nicht nur ihr Grün. Ihr Bürgerbegehren (»Stoppt innerstädtischen Grünfrass«), das schon nach wenigen Tagen von tausenddreihundert Eimsbüttlern unterzeichnet wurde, wird vom Senat kassiert. Zuguterletzt ermöglicht ein Schachzug der Eimsbüttler Bauverwaltung es Quantum/Ditting, den „Vertrag für Bauen in Hamburg“ zu umgehen und 110 unbezahlbare Luxuswohnungen ohne die vorgeschriebenen 33 Sozialwohnungen zu bauen.

Wieder einmal bestätigt sich: Hamburg betreibt eine Politik der Selektion. Hamburg will reiche, wohlhabende Steuerzahler haben. Die mit geringerem Einkommen schiebt man dagegen nach draußen ab, sie kosten ja nur. Und selbst wenn sie außerhalb der Stadtgrenze wohnen, werden sie immer noch in Hamburg konsumieren und Steuern zahlen. Es ist ein schwindelerregender Zirkus, ein Tanz um das goldene Kalb, der die Gehirne benebelt. Nüchterner Verstand müsste sagen, dass es so nicht weitergeht. Dass wir nicht (noch) mehr Reichtum brauchen. Dass wir überhaupt kein "Mehr" brauchen. Sondern ein "Weniger"- aber mit einer gerechteren Verteilung des Reichtums in dieser Stadt der 44 000 Millionäre.



Ein kopfloser Grüner. Seine Parteifreunde stimmten auch dieser Bebauung zu

Die Moritat von der wachsenden Stadt

Ich erzähle euch heute die Geschichte
aus **nicht** längst vergangener Zeit
wie Gärten und Parks werden zunichte
in rot-grüner Zusammenarbeit.

Das alles läuft unter dem Titel
Hamburg die wachsende Stadt
Sie wächst zwar nur für die Reichen
Und nicht für den, der nichts hat.

Auf die Ausschreibung wurde
verzichtet
Die Vergabe erfolgte schnell und
direkt
Doch als der Vorgang belichtet
Wurden merkwürdige Fakten entdeckt.

Da brachte die Firma Quantum
Ein Grundstück zum Tauschen ins
Spiel
Doch gehörte es bei der Verhandlung
Noch gar nicht zu ihrem Deal.

Und um den Betrug noch zu toppen
Ward schnell noch ein Ringtausch
vollbracht
Und 62 intakte Wohnungen
Dem Erdboden gleich gemacht.

Und aus dem geförderten Bauen
Im gesetzlichen Drittel-Mix
Sagten die Oberschlauen
Da wird nun leider nix.

Zwei Jahre kämpften sie weiter
Gegen den Betrug von Rot-Grün
Und es war auch gar nicht heiter
Den Kürzeren zu ziehen.

Nun macht Quantum doppelt Kasse
An den Bedürfnissen vorbei
Das Bezirksamt findet es klasse
Und wir sind ihnen einerlei.

Doch einmal muss Schluss sein mit
Bauen
Denn Beton allein macht nicht froh
Der Mensch braucht Grün zum
Schauen
Das ist ganz einfach so.

Christa Seiß / „Stoppt den Grünfrass“

Kritik aus der Jüdischen Gemeinde am Senatsprojekt Wiedererrichtung der Bornplatzsynagoge das falsche Zeichen.

Unter diesem Titel beschreibt Michel Rodzynek, gebürtiger Hamburger und bekennender Jude im Abendblatt seine Bedenken.



Der notwendige finanzielle Kraftakt könnte nur alte Vorurteile schüren. Mit dem vorliegenden Konzept riskiere der Senat genau das Gegenteil seiner erklärten Absicht. „Wie möchte man in einer Phase tiefgreifender Einschränkungen der Lebensgewohnheiten und blutender Staatskassen durch die Corona-Pandemie eine solche Ausgabe öffentlich rechtfertigen? Eine zeitlich unpassende Zusatzbelastung in dreistelliger Millionenhöhe setzt gewiss kein Zeichen gegen neuzeitlichen Antisemitismus. Vielmehr werden alte Klischees wie die Instrumentalisierung des Holocaust durch jüdische Institutionen bedient und somit Vorurteile geschürt, die es eigentlich auszuräumen gilt.“ Im Übrigen sei die Hamburger Gemeinde seines Wissens bereits in den 50er Jahren für die Zerstörung ihrer großen Synagoge durch die Nazis entschädigt worden.

Für die gesellschaftlich noch immer unzureichende Integration des Judentums sei auch nicht nur der Staat verantwortlich. „Weder der Zentralrat der Juden in Deutschland noch seine 108 angeschlossenen Gemeinden stellen sich der Herausforderung, die Grundlagen für eine neuzeitliche jüdische Identität zu vermitteln.“ Auch die mit rund 2500 Mitgliedern kleine Hamburger Gemeinde relativiere den Bedarf an einer großen Synagoge, „zumal die jüdischen Gottesdienste mit Ausnahme der hohen Feiertage bislang nur spärlich besucht werden.“

Der Autor wünscht sich darum zum geeigneten Zeitpunkt am Bornplatz ein „Jüdisches Zentrum für Menschen aller Religionen, Kulturen und Nationalitäten. Eine weltoffene Stätte für respektvolles Miteinander statt sinnlosem Gegeneinander.“ Bleibt zu wünschen, dass die kritischen Einwände von Michel Rodzynek bei Bürgerschaft, Senat und der orthodoxen Jüdischen Gemeinde auf fruchtbaren Boden fallen.

Rüdiger Kruse-(CDU-MdB-Eimsbüttel).

Mann mit großen Taschen

Leider geht es dem Wald so schlecht wie noch nie. Das genaue Gegenteil lässt sich von Rüdiger Kruse behaupten. Zusätzlich zu seinem bescheidenen Abgeordnetengehalt und diversen Sitzungsgeldern in diversen Ausschüssen konnte er bisher einen Nebenjob bei der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) abrechnen, wo er für 7000 Euro monatlich den Geschäftsführer mimte. Ein Job, den er nach eigener Aussage nach Feierabend per Handy aus seinem Berliner Abgeordnetendomizil erledigt. Das überrascht nicht, denn die Arbeit vor Ort erledigen Ehrenamtliche und Bundestagssitzungen verbringt Kruse gern in der Cafeteria, soweit seine zahlreichen Lobbykontakte das erlauben.

Laut „abgeordneten-watch“ und „Der Spiegel“ zählt der Eimsbüttler Waldläufer über Jahre zu den Bundestagsabgeordneten mit den höchsten Nebeneinkommen. Der Abstauber hat es nun mit seinen Nebenjobs übertrieben. Die Kandidatur des berufslosen Junggesellen auf einem aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestagswahl im September ist umstritten. „Der ist zu gierig!“



Weihbischof unterstützt Philister

Erste Etappe ein Erfolg.

Mietervereine und VERDI fordern, dass die Stadt keine Grundstücke mehr verkauft – und nur noch günstigen Wohnraum baut.

Volksentscheid für radikale Mietgrenze



Neubau - Innenstädtisch unbezahlbar

Während die beiden Hamburger Mietervereine mit ihren rund 90 000 Mitgliedshaushalten den Senat in seinem Bemühen, 10 000 Wohnungen pro Jahr zu bauen, freundlich unterstützen, setzen sie an anderer Stelle voll auf Konfrontation. Gleich 2 Volksinitiativen haben jetzt mit je ca 15 000 Unterschriften die erste Hürde genommen. Im Einzelnen geht es um die Initiativen „Boden und Wohnungen behalten. - Hamburg sozial gestalten“ und „Neubaumieter auf städtischem Grund. Für immer günstig!“ – Nun muss sich die Bürgerschaft mit den beiden Anliegen befassen.

Zwar hat der Senat das selbstgesetzte Ziel von jährlich 10 000 Neubauwohnungen 2020 annähernd erreicht, die große Mehrzahl ist für Normalverdiener aber unbezahlbar. Städtische Grundstücke werden statt in Erbpacht weiterhin an die Meistbietenden vergeben, obwohl auf dem Papier Konzept und Lebensqualität entscheiden sollen. Groß ist die Kluft bei den Sozialwohnungen, die schneller aus der Sozialbindung fallen als neue gebaut werden. Darum haben die Betreiber der Initiative zwei zentrale Forderungen formuliert: Erstens sollen auf städtischen Grundstücken nur noch Wohnungen entstehen dürfen, deren Mieten die der Sozialbindung nicht überschreiten. Und zweitens soll die Stadt „grundsätzlich keine Grundstücke und Wohnungen“ in Hamburg mehr verkaufen.

Failed State USA

Ami go home!

Die USA sind kein Vorbild für Frieden und Freiheit, einerlei wer dort an der Regierung ist. Seit mehr als einem halben Jahrhundert gehen von dort zerstörerische Ideologien und grauenhafte Kriege aus, die ihrem Gründungsanspruch, wie in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 und in der Verfassung von 1787 niedergelegt, Hohn sprechen.

Europa hat sich diesem durch nichts gerechtfertigten Machtanspruch einhellig ergeben. Die USA können überall in der Welt in kürzester Zeit Krisen inszenieren, wie es gerade passt. Ob hier langfristige Pläne umgesetzt werden oder kurzfristiges Chaos den Interessengruppen dient – nach jedem dieser Schachzüge steht die Welt näher am Abgrund.



Zweierlei Intervention: Hilfe für die Armen der Welt ...und Einsatz für die „westliche Wertegemeinschaft“

Spätestens nach dem 11. September 2001 ist eine Schranke der Rechtsstaatlichkeit gefallen. Die US-amerikanische Gesellschaft ist zerrüttet, ihre Regierung schon lange nicht mehr in der Lage, Wohlstand für die Mehrheit zu schaffen und Gerechtigkeit für alle möglich zu machen. Unfassbar hohe Mordzahlen, ein gigantisches Drogenproblem, ein marodes, völlig überteuertes Gesundheitssystem, eine kaputte Infrastruktur, Schulen, die den

Namen nicht verdienen, offener Rassismus, unkontrollierte Polizeigewalt, ganze Bevölkerungsschichten, die außerhalb der Armee kaum noch eine Perspektive haben – dies alles vor dem Hintergrund einer Staatsverschuldung, die niemals abgetragen werden kann. Ein Horrorszenario.

Man wünschte den USA Politikern, dass sie den Mut hätten, das eigene Land als Interventionsfall zu erkennen, statt überall in der Welt Chaos und Unglück zu verbreiten. Und für die Staaten Europas wäre es an der Zeit, auf dem verhängnisvollen Weg in Krieg und Zerstörung einzuhalten, die Interessen der Bevölkerung in den Blick zu nehmen und ihre souveränen Rechte durch vernünftige Politik zu wahren.

Craig Murray, ehemaliger britischer Botschafter und bekannter Journalist über die neue US-Präsidentschaft:

„**Kamala Harris** war natürlich die am meisten rechtsgerichtete mögliche Wahl des Vizepräsidenten. Ihr Vorstoß an die Macht, obwohl sie in den Vorwahlen der Demokraten völlig abgelehnt wurde, ist an sich schon eine gewaltige Entlarvung des Systems. Ich glaube, ich habe recht, wenn ich sage, dass Harris' Wahlkampf in den Vorwahlen so katastrophal war, dass sie es fertigbrachte, überhaupt keine Delegierten für den Nationalkonvent der Demokraten zu gewinnen. Null, keine. Absoluter Tiefpunkt. Von den demokratischen Wählern als Kandidatin in Gänze abgelehnt.“

Joe Biden „Mit Biden werden wir zum business as usual zurückkehren, und das bedeutet Krieg und Invasionen. Unter Trump haben wir keine neuen Kriege begonnen, auch wenn er alte Kriege mit wenig Kontrolle fortsetzte. Ohne Trump habe ich nicht den geringsten Zweifel, dass Syrien, genau wie Libyen, in die Steinzeit zurückgebombt worden wäre und Millionen Menschen mehr getötet worden wären. Ungeachtet des unzweifelhaften Schadens, den Trump innerhalb der Vereinigten Staaten an vielen Fronten angerichtet hat, hätte Hillary (Clinton) viel mehr Menschen getötet. Nur eben keine Amerikaner.“



Armes Deutschland!

(Diese Grafik ist zwar aus dem Jahre 2015, aber die Verhältnisse im Pflegebereich haben sich seitdem durch Privatisierung kommunaler Einrichtungen nur verschlechtert.)

Ein kleiner Sieg über große Geschäftemacher



Lieber Leser,

Wie man bereits aus der Presse erfahren konnte, versuchte der Asklepios-Konzern die VERDI-Betriebsrätin Romana Knezevic zu kündigen. Als eine der Sprecherinnen der Hamburger Krankenhausbewegung hat sie die aktuellen Missstände in den Hamburger Kliniken öffentlich gemacht. Patienten werden beim Sterben allein gelassen, im Intensivbereich gibt es Schichten, wo Kolleginnen und Kollegen bis zu 5 Intensivpatienten betreuen müssen. Pflegekräfte müssen wegen mangelnder Besetzung bei den Reinigungskräften Putzarbeiten übernehmen. Zeit, die ihnen beim Patienten fehlt.

Jetzt macht Asklepios einen Rückzieher. Dauerproteste vor dem Haupteingang St. Georg und viele Tausend Protestunterschriften brachten diesen Erfolg gegen die großen Geschäftemacher mit unserer Gesundheit.